ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Stolzenburg, Ulrich

Article

Weltwirtschaft im Winter 2021 - Gebremste Expansion

Kieler Konjunkturberichte, No. 85

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Stolzenburg, Ulrich (2021) : Weltwirtschaft im Winter 2021 - Gebremste Expansion, Kieler Konjunkturberichte, No. 85, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/249739

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Weltwirtschaft im Winter 2021

Abgeschlossen am 15. Dezember 2021

Nr. 85 (2021|Q4)

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Jan Reents und Ulrich Stolzenburg

Forschungszentrum
Konjunktur und Wachstum

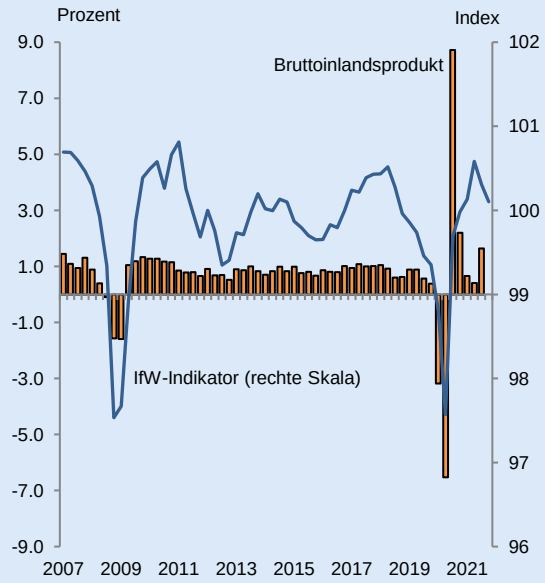
EXPANSION VORÜBERGEHEND GEDÄMPFT

Klaus-Jürgen Gern, Jan Reents, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

Die Erholung der Weltwirtschaft hat nach der Jahresmitte an Fahrt verloren. In vielen Teilen der Welt bremsten erneut zunehmende Corona-Infektionen die wirtschaftliche Aktivität, Lieferengpässe behinderten den Aufschwung der Industrieproduktion, und die chinesische Wirtschaft scheint aus dem Tritt geraten zu sein. Die Unsicherheit über die Auswirkungen der neuen Omikron-Variante des Coronavirus auf die Konjunktur sind groß. Wir rechnen damit, dass die wirtschaftliche Aktivität in den nächsten Monaten merklich gedämpft wird, im weiteren Verlauf des Jahres 2022 die weltwirtschaftliche Erholung sich aber wieder durchsetzt. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Zuwachs der Weltproduktion (gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten) um 4,5 Prozent, nach einem Zuwachs um 5,7 Prozent in diesem Jahr. Damit haben wir unsere Septemberprognose um 0,5 (2022) bzw. 0,2 Prozentpunkte (2021) reduziert. Für das Jahr 2023 haben wir unsere Erwartung hingegen leicht von 3,8 auf 4 Prozent angehoben. Die Inflation dürfte derzeit ihren Höhepunkt erreicht haben und im Prognosezeitraum deutlich zurückgehen, was vor allem an der Energiepreiskomponente liegt. Der zugrundeliegende Preisauftrieb dürfte über den gesamten Prognosezeitraum deutlich höher bleiben als vor der Krise.

Die Erholung der Weltwirtschaft vom coronabedingten Einbruch ist inzwischen stockend und ungleichmäßig. Die Weltproduktion stieg im Verlauf des Jahres 2021 zwar weiter deutlich, doch war die Dynamik insgesamt nur noch moderat. Die auf der Basis von Kaufkraftparitäten berechnete Weltproduktion stieg insgesamt im dritten Quartal sogar recht kräftig (Abbildung 1), weil sich die wirtschaftliche Aktivität in Indien von den Auswirkungen eines massiven Lockdowns erholte, der im Frühjahr angesichts einer dramatischen Covid-19-Welle verhängt worden war. In der übrigen Welt schwächte sich die Konjunktur hingegen nach der Jahresmitte spürbar ab. Diese Tendenz zeigt sich deutlich anhand des IfW-Indikators für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird.

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



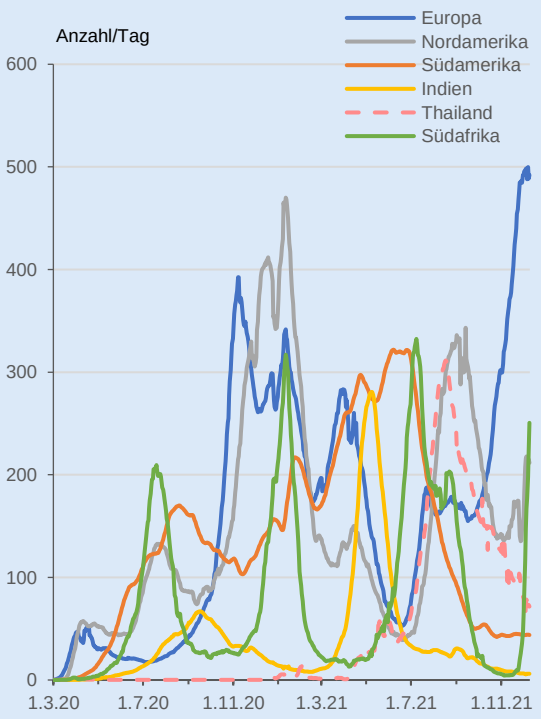
Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator be-rechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

Kasten 1: Zur Verlangsamung der Konjunktur in China

Die Covid-19-Pandemie beeinflusst die wirtschaftliche Aktivität immer noch spürbar. Allerdings verlaufen die Infektionswellen immer weniger synchron (Abbildung 2). Auch sind die wirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlich; vor allem in den Ländern mit einer hohen Impfquote werden inzwischen auch höhere Inzidenzen toleriert, ohne dass Eindämmungsmaßnahmen ergriffen werden, die die Konjunktur stark dämpfen. Im Sommer führte ein verstärktes Infektionsgeschehen vor allem in vielen asiatischen Ländern zu deutlichen Bremsspuren in der Konjunktur, während die Auswirkungen auf die Produktion in den Vereinigten Staaten und in Europa zumeist gering waren. Neben den Belastungen durch die Pandemie – diesbezüglich haben sich mit dem Auftreten der neuen Virusvariante Omikron in Südafrika zuletzt neue Risiken ergeben – haben dabei auch anhaltende Lieferengpässe, welche die Warenproduktion beschränken, und der erheblich verstärkte Inflationsdruck den Ausblick getrübt.

Abbildung 2:
Neuinfektionen pro Million Einwohner

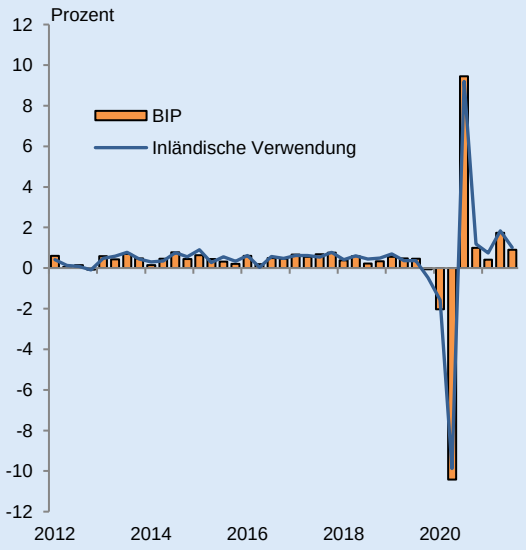


Tagesdaten. Bestätigte Neuinfektionen pro eine Million Einwohner, täglicher Durchschnittswert im 7-Tages-Zeitraum.

Quelle: Our World in Data.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich die Konjunktur zuletzt spürbar abgeschwächt. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften verringerte sich im dritten Quartal 2021 deutlich auf 0,9 Prozent, nach 1,7 Prozent im Quartal zuvor (Abbildung 3). Dämpfend wirkte das wieder verstärkte Infektionsgeschehen, während das zweite Quartal davon geprägt gewesen war, dass pandemiebedingte Beschränkungen vor dem Hintergrund sinkender Inzidenzen gelockert wurden und sich die wirtschaftliche Aktivität in den besonders betroffenen Dienstleistungsbereichen wieder erholte. Angesichts der inzwischen verfügbaren Möglichkeit zur Impfung und vielerorts bereits recht hoher Impfquoten wurde aber in den meisten Ländern auf einschneidende neuerliche Eindämmungsmaßnahmen zunächst verzichtet; lediglich in Japan ging das Bruttoinlandsprodukt spürbar zurück. In den Vereinigten Staaten und in Westeuropa verringerte sich die Mobilität der Menschen – ein Indikator für die Auswirkungen der Pandemie auf die wirtschaftliche Aktivität in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen – hingegen kaum oder sie erhöhte sich sogar weiter (Abbildung 4). Maßgeblich für den deutlich verlangsamten Produktionsanstieg in den Vereinigten Staaten – auf 0,5 Prozent von 1,6 Prozent im Vorquartal – waren hingegen wohl das Nachlassen des fiskalischen Impulses, der insbesondere den privaten Konsum im ersten Halbjahr kräftig angeregt hatte, zunehmende Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten in der Industrie sowie die Auswirkungen eines Hurrikans, die insbesondere die Ölförderung längere Zeit stark beeinträchtigte. Im Vereinigten Königreich verringerte sich die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion zwar ebenfalls deutlich, sie blieb aber mit 1,3 Prozent recht hoch. Im Euroraum setzte sich die Erholung von dem im Winterhalbjahr 2020/21 verzeichneten pandemiebedingten Produktionsrückgang sogar fast unvermindert fort. Hier waren die Infektionszahlen allerdings zumeist erst relativ spät wieder gestiegen. Während die Inzidenzen in den Vereinigten Staaten und in Asien im Herbst wieder gesunken sind, sind sie in Europa inzwischen auf einem so hohen Niveau, dass in vielen Ländern neuerliche Eindämmungsmaßnahmen ergriffen worden sind und für das vierte Quartal mit deut-

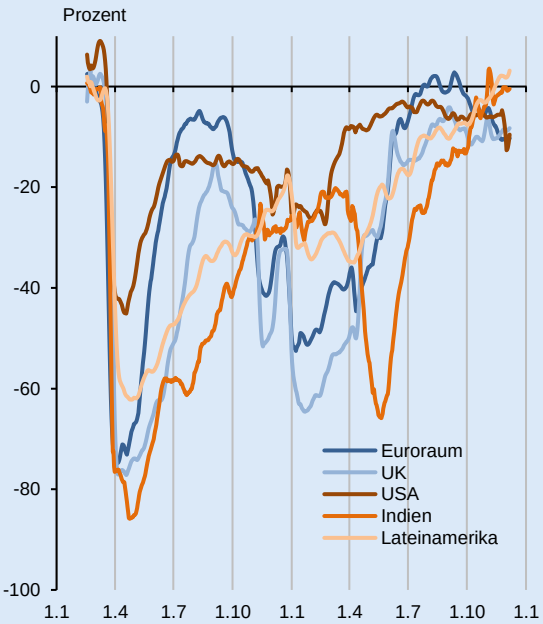
Abbildung 3:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den G7-Ländern



Quartalsdaten; preis- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal; G7: Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des

Abbildung 4:
Mobilität in ausgewählten Ländern



Tagesdaten. Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen, Abweichung ggü. gleichem Wochentag im Zeitraum Januar bis Februar 2020.

Quelle: Google Covid-19 Mobility Report.

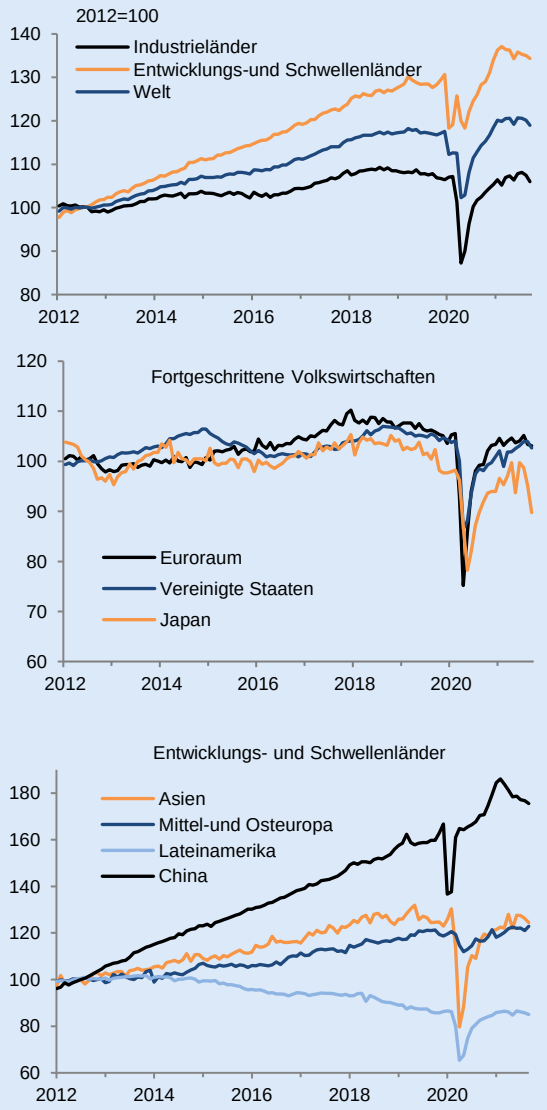
lichen konjunkturellen Bremswirkungen zu rechnen ist.

In den Schwellenländern ist das Bild differenziert, zumeist hat sich der Produktionsanstieg im Sommer aber ebenfalls vermindert. Während sich die indische Wirtschaft vom im Frühjahr verzeichneten neuerlichen pandemiebedingten Einbruch erholte, erhöhten sich in vielen anderen asiatischen Schwellenländern mit Ausbreitung der Delta-Variante die Infektionszahlen stark und es kam damit verbunden zu deutlichen Rückgängen der wirtschaftlichen Aktivität. In China, wo die Regierung eine strikte Null-Covid-Politik verfolgt, wurden regional zum Teil empfindliche Eindämmungsmaßnahmen ergriffen, deren Auswirkungen über die internationalen Lieferketten zeitweise weltweit spürbar waren. Darüber hinaus wurde die Konjunktur in China durch Probleme in der Energieversorgung gebremst. In den vergangenen Monaten wurden immer wieder Unternehmen gezwungen, die Produktion herunterzufahren, um den Stromverbrauch zu drosseln. Schließlich belasteten Zahlungsschwierigkeiten großer Unternehmen der Immobilienwirtschaft die wirtschaftliche Stimmung und die Aktivität im Wohnungsbau (Kasten 1). In Lateinamerika ist die Konjunktur gespalten. Während in den Andenländern Chile, Peru und Kolumbien die Wirtschaft weiter kräftig expandierte, ging die Produktion in den großen Ländern Brasilien und Mexiko – und wohl auch in Argentinien – zurück, wobei dies lediglich in Mexiko maßgeblich auf die Pandemie zurückzuführen war. In Brasilien und Argentinien war hingegen wesentlich, dass die Agrarproduktion dürrebedingt zurückging und der private Konsum dadurch gebremst wurde, dass stark steigende Preise die Kaufkraft reduzierten.

Lieferengpässe bremsen Welthandel und Industrieproduktion. Die globale Industrieproduktion hatte sich sehr rasch von dem tiefen Einbruch zu Beginn der Pandemie erholt. Bereits im Herbst 2020 wurde das Vorkrisenniveau wieder überschritten, wozu beitrug, dass die Ersparnisse durch geringere Ausgaben für Dienstleistungen nun zu einem Teil für Warenkäufe verwendet wurden. Seit Beginn dieses Jahres steigt die Industrieproduktion aber in der Tendenz weltweit nicht mehr. Während sie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bis zur Mitte des Jahres noch leicht zulegte, war sie in den

Schwellenländern, die in der Regel eine dynamischere Industrieproduktion aufweisen, sogar rückläufig (Abbildung 5); ein ähnliches Bild zeigt sich für den weltweiten Warenhandel. Die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe ist freilich nicht nachfragebedingt, sondern wohl wesentlich auf zunehmende Lieferengpässe zurückzuführen.[1] Hierzu beigetragen haben

Abbildung 5:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen

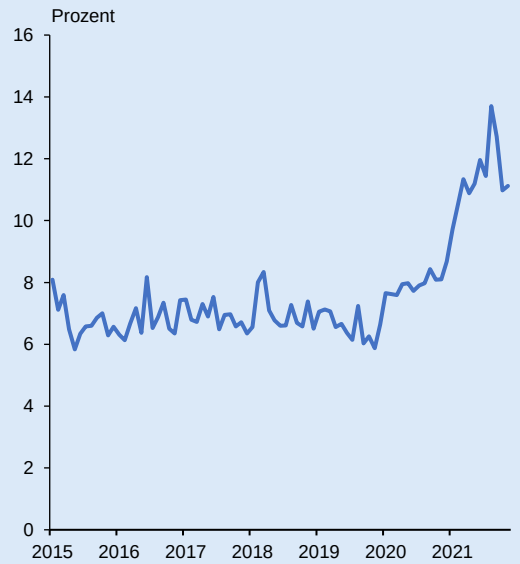


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt. Letzter Wert: Sept. 2021

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

Kapazitätsprobleme im Logistiksystem, insbesondere im Seeverkehr. Sie äußern sich nicht nur in drastisch gestiegenen Frachtraten, sondern auch darin, dass seit Beginn des Jahres der Anteil der Fracht, die sich auf Schiffen befindet, die nicht in Fahrt sind, stark gestiegen ist (Abbildung 6). Vielfach sind die Produktionskapazitäten aber schlicht nicht in der Lage, den hohen Bedarf zu befriedigen. So leidet insbesondere die Automobilindustrie zunehmend unter Lieferengpässen etwa bei Halbleitern, deren Hersteller derzeit nicht in der Lage sind, alle Bestellungen in den üblichen Fristen zu befriedigen. Weltweit ist die Autoproduktion in diesem Jahr bis zum Herbst um rund 30 Prozent gesunken, mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion (OECD 2021, Box 1.1).

Abbildung 6:
Blockierte Schiffskapazität



Monatsdaten. Anteil an Waren, die sich global auf wartenden Containerschiffen befinden.

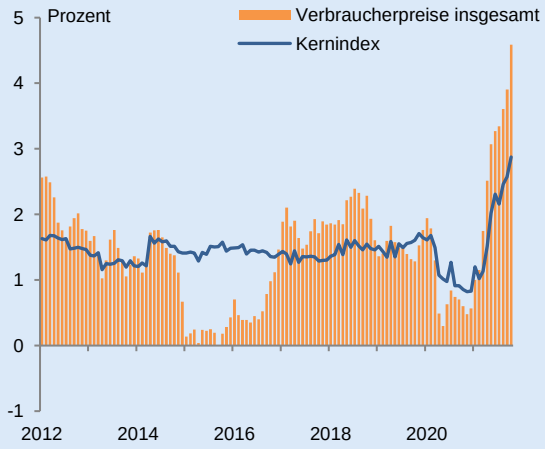
Quelle: Berechnungen von Vincent Stamer (IfW Kiel) mit Daten Fleetmon.com.

Die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich stark erhöht. Die Inflation hat im Verlauf des Jahres 2021 kräftig angezogen und ist im Herbst in vielen Ländern so hoch wie seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr. In den G7-Ländern lag sie im Oktober bei 4,5

[1] Vgl. Beckmann et al. (2021) für eine Analyse der Lieferengpässe in Deutschland, wo die Diskrepanz zwischen Auftragseingängen und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe besonders ausgeprägt ist.

Prozent (Abbildung 7). Im November dürfte sie weiter auf über 5 Prozent geklettert sein. Damit hat sie freilich ihren Höhepunkt wohl erreicht. Ab Dezember wird der Beitrag der Energiekomponente zur Inflation, der sich zuletzt auf knapp die Hälfte belief, deutlich zurückgehen, zum einen, weil die Ölnotierungen zuletzt etwas gesunken sind, vor allem aber, weil der Ölpreis im Vergleichsmonat des Vorjahres nicht mehr so niedrig war. Allerdings ist inzwischen auch die Kernrate der Inflation im Verlauf dieses Jahres stark gestiegen, die ohne Berücksichtigung der Energie- und der Nahrungsmittelpreise ermittelt wird und die zugrundeliegende Inflationstendenz daher besser widerspiegelt als die Rate mit diesen volatilen Komponenten. Sie liegt inzwischen fast überall höher als das Inflationsziel der Notenbank. Lediglich in Japan ist der Preisauftrieb immer noch sehr niedrig.

Abbildung 7:
Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

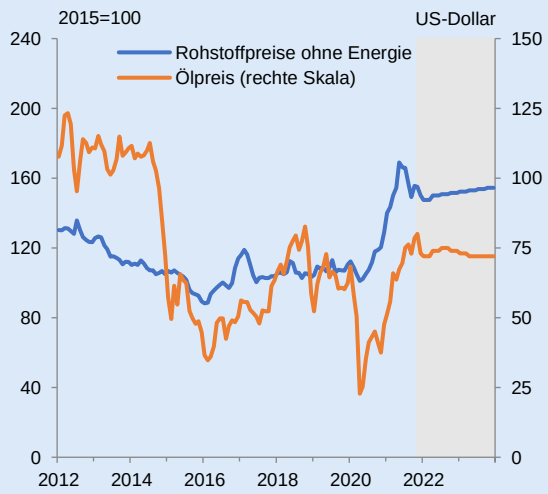


Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 2020; Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Energiepreise haben kräftig zugelegt und dürften im Prognosezeitraum nur langsam sinken. In den vergangenen Monaten war das Geschehen an den Energiemärkten von einem drastischen Anstieg des Gaspreises gekennzeichnet, der in Europa besonders ausgeprägt war. Hier waren die Lieferungen aus Russland im Sommer nicht ausreichend gewesen, um die Lagerbestände vor der Heizsaison wieder auf ein übliches Niveau aufzufüllen, so dass mit aufkommenden Zweifeln an der Versorgungssicherheit die Preise explodierten. Zuletzt kletterten sie nach einer kurzen Phase mit wieder rückläufigen Notierungen auf neue Höchststände. Die hohen Gaspreise strahlten auch auf den Ölpreis aus, der im November auf rund 85 Dollar je Barrel der Sorte Brent stieg, das höchste Niveau seit 2014 (Abbildung 8). Die Nachricht über das Aufkommen der neuen Virusvariante Omikron ließ dann aber die Notierungen deutlich sinken, weil negative Auswirkungen auf die Konjunktur und insbesondere den Luftverkehr befürchtet wurden, der gerade erst zur Erholung ansetzte. Inzwischen liegt der Ölpreis wieder bei etwa 75 Dollar, ähnlich hoch wie im Sommer und nur wenig höher als vor einem Jahr. Für die kommenden Monate rechnen wir damit, dass die Ölnachfrage pandemiebedingt gedämpft sein wird. Danach dürfte die weltweite Ölförderung voraussichtlich wieder hinter dem Verbrauch zurückbleiben, so dass die Preise tendenziell anziehen werden, bevor die Aufgabe der Förderreduzierung in der OPEC+, die für den August 2022 vorgesehen ist, sowie eine anziehende Fördermenge außerhalb des Kartells für eine wieder reichliche Ölversorgung und voraussichtlich etwas nachgebende Preise sorgen werden. Für die Gaspreise zeichnet sich derzeit zwar noch

Abbildung 8:
Rohstoffpreise



Monatsdaten; Rohstoffpreise: HWWI-Index auf US-Dollarbasis; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent. Grau schattiert: Prognose des IfW Kiel.

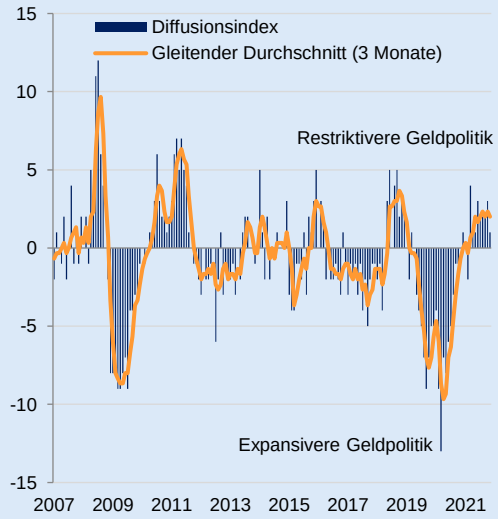
Quelle: International Petroleum Exchange via Refinitiv Datastream; HWWI, *Rohstoffpreisindex*.

keine Entspannung ab; die Preise an den Terminmärkten lassen aber erwarten, dass das gegenwärtige Niveau nicht dauerhaft sein wird.

Die Geldpolitik wird allmählich gestrafft. Die großen Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben auf den starken Anstieg der Inflation bisher zwar noch nicht mit Maßnahmen reagiert. Die US-Fed und die Bank von England haben die Märkte aber darauf eingestellt, dass sie ihre Politik früher straffen könnten, als bisher beabsichtigt. Mit ersten Zinserhöhungen ist für das erste Halbjahr 2022 zu rechnen, sofern die Wirtschaft nicht durch den Pandemieverlauf erneut destabilisiert wird. In den Vereinigten Staaten wird zunächst das Volumen der Anleihekäufe deutlich reduziert werden; die Bank von England hat angekündigt, die Reinvestition von auslaufenden Staatsanleihen bei einem Leitzinsniveau von 0,5 Prozent (derzeit 0,1 Prozent) einzustellen. Im Euroraum ist eine Leitzinsanhebung hingegen noch nicht in Sicht. Zunächst soll mit dem Auslaufen des Pandemie-Sonderprogramms zum Kauf von Anleihen im März die Liquiditätszufuhr verringert werden. In Japan, wo die Inflation allerdings auch noch niedrig ist, zeichnet sich noch kein Ende der extrem lockeren Geldpolitik ab. Kleinere Notenbanken – etwa in Australien, Neuseeland, Korea und Osteuropa (Polen, Tschechien, Ungarn) – haben auf die wirtschaftliche Erholung und die höhere Inflation hingegen schon reagiert und ihre Zinsen zum Teil sogar bereits mehrfach angehoben. Vor allem in den Schwellenländern ist bereits seit Mitte des Jahres ein Zinserhöhungszyklus in Gang gekommen, um einem Abwärtsdruck auf die Wechselkurse zu begegnen und die Inflationsdynamik zu bremsen. (Abbildung 9).

Die Finanzpolitik stützt die Konjunktur vorerst weiter. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – und in geringerem Umfang auch in vielen Schwellenländern – wurden im vergangenen Jahr umfangreiche Mehrausgaben und Steuerstundungen beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und der zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen zu mildern. Angesichts immer neuer Infektionswellen wurden auch im laufenden Jahr fiskalische Stützungsprogramme wirksam. Während die Aufwendungen zur Finanzierung pandemiebedingter Lasten mit fortschreitender Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität deutlich rückläufig sind, wird nun der Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen und Programme gelegt, die das Ziel haben, strukturellen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der demografischen Alterung zu begegnen. Insgesamt sind so die fiskalischen Bremseffekte, die vom Auslaufen der im Zusammenhang mit der Pandemie geschlossenen Stützungsprogramme ausgehen, moderat, und die Politik dürfte bei möglichen Konsolidierungsschritten vorsichtig agieren, um die wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden. Im Euroraum trägt dazu bei, dass die Fiskalregeln auch im Jahr 2022 ausgesetzt bleiben. Allgemein hilft zudem, dass die Finanzierungsbedingungen weiterhin sehr günstig sind.

Abbildung 9:
Geldpolitik in Schwellenländern



Monatsdaten. Der Diffusionsindex entspricht der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen erhöhten minus der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen senkten. Enthaltene Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, Chile, China, Indonesien, Indien, Kolumbien, Mexiko, Malaysia, Peru, Philippinen, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei.

Quelle: Bank of International Settlements (BIS); Berechnungen des IfW Kiel.

Ausblick: Erholung der Weltkonjunktur vorübergehend gedämpft

Pandemie und Lieferengpässe werden die Konjunktur auch im kommenden Jahr dämpfen, aber an Einfluss verlieren. Die Dynamik der weltweiten Konjunkturerholung hat sich im Jahr 2021 als Folge von neuen Covid-19-Schüben und Problemen in den Lieferketten deutlich verlangsamt. Wir rechnen damit, dass es auch in den kommenden Monaten zu neuen Infektionswellen kommen wird, zumal eine neue, nochmals deutlich ansteckendere Variante aufgetreten ist. Die konjunkturellen Auswirkungen dürften aber mit der Zeit immer geringer werden, weil entweder die Impfquoten hoch sind oder ein hoher Anteil der Bevölkerung bereits in Kontakt mit dem Virus gekommen ist und die gesundheitlichen Folgen dadurch begrenzt sind. So dürfte die Annäherung an ein Normalniveau der Geschäftstätigkeit in den Bereichen, die in der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Erholung noch zurückhängen, wie Tourismus, Reiseverkehr und Unterhaltungsgewerbe, im Prognosezeitraum weiter fortschreiten, wenngleich vermutlich langsamer und weniger stetig als bislang erwartet. Die Lieferengpässe haben sich in den vergangenen Monaten als immer stärkerer Bremsfaktor erwiesen, sie dürften aber im Verlauf des kommenden Jahres mit zunehmender Anpassung der Produktionskapazitäten und der Wertschöpfungsketten allmählich überwunden werden. Alles in allem erwarten wir für das kommende Jahr einen Zuwachs der Weltproduktion (gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten) um 4,5 Prozent, nach einem Zuwachs um 5,7 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 1). Im Vergleich zu unserer Septemberprognose haben wir damit unsere Erwartung für 2022 um 0,5 Prozentpunkte und für 2021 um 0,2 Prozentpunkte reduziert. Für das Jahr 2023 haben wir hingegen leicht von 3,8 auf 4 Prozent nach oben revidiert. Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich Veränderungsraten der globalen Produktion von 5,6 Prozent in diesem und 4,4 bzw. 3,7 Prozent in den nächsten beiden Jahren. Für den weltweiten Warenhandel rechnen wir trotz der nur schwachen Zunahme im Verlauf für dieses Jahr mit einem Zuwachs um mehr als 9 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg aber auf lediglich 2,2 Prozent belaufen, für das Jahr 2023 rechnen wir mit einer Zunahme um 3,5 Prozent.

Tabelle 1:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Weltwirtschaft	100	-3,1	5,7	4,5	4,0	3,2	4,5	5,0	3,8
darunter									
Fortgeschrittene Länder	44,5	-4,7	5,0	3,8	2,9	0,8	3,1	3,6	2,1
China	18,7	2,3	7,8	4,1	4,9	2,5	1,0	2,3	2,3
Lateinamerika	6,5	-6,8	6,6	3,3	3,1	8,1	11,3	11,0	7,8
Indien	7,7	-7,0	7,6	11,7	7,9	6,6	5,2	4,9	4,2
Ostasiatische Schwellenländer	5,0	-4,5	2,9	6,1	6,4	1,1	2,1	2,9	2,4
Russland	3,1	-2,4	3,7	3,1	2,5	2,6	5,9	4,9	4,7
Afrika	2,9	-0,9	3,4	3,3	4,0	0,0	7,9	9,8	9,2
Nachrichtlich:									
Welthandelsvolumen (Waren)		9,4	9,4	2,2	3,5				
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar)		-3,8	5,6	4,4	3,7	2,4	4,0	4,4	3,2

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 nach Kaufkraftparität. — Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 3 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel

In den Vereinigten Staaten bleiben die Konjunktur kräftig und die Inflation über dem Notenbankziel. Die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs auf lediglich 0,5 Prozent im dritten Quartal war offenbar wesentlich temporären Faktoren geschuldet. Für das vierte Quartal zeichnet sich eine deutlich stärkere Expansion ab. Sowohl der private Konsum als auch der Außenhandel legten im Oktober kräftig zu, die Sparquote fiel im November mit 7,3 Prozent erstmals wieder auf das Vorkrisenniveau, was auf einen abermals kräftigen privaten Konsum schließen lässt, und die Einkaufsmanagerindizes deuten sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für die Dienstleister auf eine verstärkte Expansion hin. So dürfte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr insgesamt auf 5,6 Prozent belaufen. Die Finanzpolitik bleibt expansiv ausgerichtet, obwohl der Anfang November im Kongress beschlossene „Infrastructure Investment and Jobs Act", mit Ausgaben in Höhe von 1.200 Milliarden US-Dollar über einen Zehnjahreszeitraum – dies entspricht auf ein Jahr gerechnet etwa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukt – gemessen an den Programmen der vergangenen beiden Jahre relativ geringe Impulse setzt. Über ein weiteres Fiskalpaket, das „Build Back Better"-Programm, wird derzeit noch verhandelt. Das anvisierte Volumen ist mit 2.200 Mrd. US-Dollar deutlich größer. In welchem Umfang und in welcher Form dieses Programm letztlich beschlossen wird, ist aber unsicher. Angesichts einer Teuerungsrate, die im November mit 6,8 Prozent auf den höchsten Wert seit 30 Jahren gestiegen ist, hat die Notenbank signalisiert, ihr Anleihekaufprogramm schneller zurückzufahren als bislang vorgesehen. Sie wird aber wohl trotzdem noch bis weit in das kommende Jahr hinein zusätzliche Anleihen auf ihre Bilanz nehmen und voraussichtlich nicht vor Mitte des nächsten Jahres damit beginnen, den Leitzins allmählich anzuheben. Damit wirkt die Geldpolitik auch im Prognosezeitraum expansiv. Bei alledem rechnen wir für 2022 mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 4,4 Prozent, im Jahr 2023 dürfte er mit 2,9 Prozent zwar deutlich kleiner, aber immer noch höher liegen als die Wachstumsrate des Produktionspotenzials (Tabelle 2). Die Arbeitslosigkeit dürfte weiter sinken und am Ende des Prognosezeitraums wieder in etwa so niedrig sein wie vor der Pandemie. Die steigende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird dazu beitragen, dass die Preissteigerung trotz im Prognosezeitraum fortfallender Inflationsimpulse von den Energiepreisen höher bleibt als von der Notenbank angestrebt.

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2020–2023

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europäische Union	36,0	-6,0	5,0	3,5	3,2	0,7	2,8	3,1	2,2	7,5	7,4	6,6	6,2
Euroraum	29,2	-6,4	5,0	3,5	3,1	0,3	2,5	2,8	1,9	7,8	7,6	6,9	6,5
Schweden	1,0	-3,1	4,7	4,3	2,8	0,7	2,5	2,8	2,0	8,3	8,8	7,4	6,6
Polen	2,3	-2,5	5,3	4,2	3,8	3,6	5,1	5,7	3,9	3,2	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	5,6	-9,7	6,9	4,5	1,9	0,9	2,4	4,1	2,5	4,5	4,5	4,3	4,2
Schweiz	1,1	-2,5	3,6	3,1	1,7	-0,7	0,6	1,0	1,0	4,8	5,1	4,8	4,6
Norwegen	0,6	-0,8	4,0	3,7	1,6	1,3	3,0	1,8	1,8	4,4	4,9	4,6	4,4
Vereinigte Staaten	37,3	-3,4	5,6	4,4	2,9	1,2	4,7	5,0	2,4	8,1	5,4	3,8	3,5
Kanada	3,4	-5,3	4,6	3,6	2,8	0,7	3,4	3,1	2,5	9,5	7,6	6,5	6,2
Japan	9,6	-4,7	1,5	2,8	2,0	0,0	-0,2	1,0	0,4	2,8	2,8	2,5	2,4
Südkorea	4,0	-0,9	3,9	3,6	3,3	0,5	2,5	2,2	1,8	4,0	3,6	3,2	3,0
Australien	2,3	-2,4	4,2	3,4	3,1	0,9	2,8	2,7	2,3	6,5	5,1	4,7	4,3
Aufgeführte Länder	100,0	-4,9	5,1	4,0	3,0	0,9	3,3	3,8	2,2	6,7	5,8	4,9	4,6

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020.

Quelle: Eurostat, *VGR;* OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Nach einem Rückschlag im Winterhalbjahr wird die Erholung im Euroraum im Frühjahr wieder Fahrt aufnehmen. Nach zwei Quartalen mit kräftigen Anstiegen um jeweils über 2 Prozent war das Produktionsniveau im dritten Quartal nur noch 0,3 Prozent geringer als zum Jahresende 2019. Angesichts der Wucht der aktuellen Corona-Welle in Europa sind erneut Eindämmungsmaßnahmen beschlossen und die Konsummöglichkeiten insbesondere des ungeimpften Bevölkerungsteils eingeschränkt worden. Mit dem Auftauchen von Omikron hat sich die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich erhöht. Vor diesem Hintergrund dürfte die Erholung in den besonders belasteten kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen einen Rückschlag erleiden. Für das vierte Quartal 2021 und das erste Quartal 2022 erwarten wir jeweils einen leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, zumal die Lieferengpässe derzeit die industrielle Aktivität deutlich beeinträchtigen. Diese dürften sich im kommenden Jahr jedoch allmählich auflösen und kräftige Wertschöpfungszuwächse im Verarbeitenden Gewerbe im Jahresverlauf ermöglichen. Nach einem Zuwachs um 5,0 Prozent im Jahr 2021 wird das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr wohl um 3,5 Prozent steigen und im Jahr 2023 um 3,1 Prozent. Für das Jahr 2022 bedeutet dies eine Abwärtsrevision gegenüber der Prognose vom September um fast einen Prozentpunkt; die vollständige wirtschaftliche Erholung verschiebt sich somit erneut zeitlich nach hinten. Die Verbraucherpreise liegen derzeit vor allem aufgrund kräftig gestiegener Energiepreise um fast 5 Prozent höher als vor einem Jahr. Im kommenden Jahr wird der Preisdruck vonseiten der Energiepreise abflauen, dafür dürfte sich der Preisauftrieb bei Industriegütern verstärken. So wird die Verbraucherpreisinflation im kommenden Jahr voraussichtlich mit 2,8 Prozent nochmals deutlich über dem Inflationsziel liegen. Die Erwerbslosenquote lag im Oktober mit 7,3 Prozent auf dem Vorkrisenniveau und dürfte im Prognosezeitraum auf das geringste Niveau seit Bestehen der Währungsunion zurückgehen.

Die britische Wirtschaft wird weiter durch die Pandemie und die Auswirkungen des Brexits belastet. Die wirtschaftliche Erholung ist im Vereinigten Königreich weniger weit fortgeschritten als im Euroraum, die gesamtwirtschaftliche Produktion lag im dritten Quartal 2021 noch rund 2 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Nach der Jahresmitte verlangsamte sich die zuvor kräftige wirtschaftliche Expansion deutlich, obwohl die Eindämmungsmaßnahmen im Juli weitgehend aufgehoben wurden („Freedom Day“). Während sich die Aktivität im Dienstleistungsbereich trotz wieder stark gestiegenen Infektionszahlen weiter erholte, ging die Produktion in der Industrie und im Bau zurück. Über die weltweit spürbaren Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten hinaus machte sich insbesondere ein gravierender Mangel an Lastwagenfahrern bemerkbar, der zeitweise zu erheblichen logistischen Problemen führte und wohl auch eine Folge des Brexit ist, der die Besetzung von Stellen mit Arbeitsmigranten stark erschwert hat. Arbeitskräftemangel ist insgesamt zunehmend ein restringierender Faktor für die britische Wirtschaft; die Zahl der offenen Stellen ist im Herbst auf ein Rekordniveau gestiegen. Für das vierte Quartal zeichnet sich eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um rund 1 Prozent ab. In den kommenden Monaten könnte aber die Pandemie wieder stärker dämpfend wirken, da angesichts der rasch steigenden Zahl von Infektionen mit der Omikron-Variante erneut Eindämmungsmaßnahmen beschlossen worden sind. Gleichzeitig laufen einige fiskalische Stützungsmaßnahmen aus. Dennoch dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 mit 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr nochmals kräftig steigen. Für 2023 erwarten wir dann nur noch eine Zunahme um 1,9 Prozent. Bremsend dürfte im Prognosezeitraum wirken, dass sich die Wirtschaft nach dem Ausscheiden aus dem Europäischen Binnenmarkt im Außenhandel neu ausrichten muss. Auch dürfte die Geldpolitik spürbar gestrafft werden, um die Inflation zu bremsen. Die Bank von England hat die Erwartung geweckt, dass in Kürze die Zinsen angehoben werden und der Bestand an Anleihen in der Zentralbank in absehbarer Zeit reduziert wird.

In den übrigen Ländern der EU steigt die Produktion trotz Pandemie und Lieferengpässen kräftig. In den EU-Ländern außerhalb des Euroraums erholt sich die Konjunktur vergleichsweise stetig. In der Regel blieb der Produktionsanstieg auch im dritten Quartal kräftig. Ausnahmen sind Rumänien und Bulgarien, wo das

Gesundheitssystem durch Corona-Infektionen besonders beansprucht wurde, und Ungarn, wo die Industrieproduktion im Sog der Lieferengpässe in der Automobilindustrie besonders stark zurückging. Für das Winterhalbjahr rechnen wir mit einer zwar vorübergehend gebremsten, gleichwohl insgesamt weiter zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Expansion. Dämpfend wirkt neben den Auswirkungen der Pandemie auch der Kaufkraftentzug durch die in den mittel- und osteuropäischen Ländern besonders hohe Inflation. Bei einem kräftigen Lohnwachstum wird sich aber der konsumgetragene Aufschwung mit Abklingen des energiepreisbedingten Inflationsschubs im Verlauf des kommenden Jahres wieder durchsetzen. Hinzu kommen erhebliche zusätzliche EU-Mittel, die eine Zunahme der Investitionen finanzieren helfen. So dürfte die Produktion in den kommenden beiden Jahren kräftig steigen (Tabelle 8.1 im Anhang). Auf den erhöhten Inflationsdruck haben die Zentralbanken der mittel- und osteuropäischen Länder bereits mit Zinsanhebungen reagiert. Eine weitere Straffung der Geldpolitik ist wahrscheinlich, dürfte aber angesichts der weiter extrem niedrigen Zinsen im Euroraum moderat ausfallen.

Die Immobilienkrise und lokale Covid-Ausbrüche drücken den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in China unter 5 Prozent. Die Konjunktur in China wird derzeit von verschiedenen Faktoren gedämpft, die wohl nur nach und nach überwunden werden. Während die Energiekrise durch die Mobilisierung zusätzlicher Brennstoffmengen und verbesserte Anreize zur Elektrizitätsproduktion offenbar bereits abklingt, werden Maßnahmen zur Eindämmung lokaler Covid-19-Ausbrüche wohl noch längere Zeit immer wieder spürbare konjunkturelle Bremseffekte zur Folge haben. Die Konsolidierung im Immobiliensektor dürfte sogar über den gesamten Prognosezeitraum die gesamtwirtschaftliche Produktion dämpfen. Um die Konjunktur zu stützen, sollen Geld- und Fiskalpolitik expansiver ausgerichtet werden. So hat die Zentralbank im Dezember beschlossen, den Mindestreservesatz um 50 Basispunkte zu senken. Darüber hinaus sollen kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt werden, etwa indem Kreditvergabebedingungen gelockert sowie Steuern und Gebühren reduziert werden. Alles in allem rechnen wir damit, dass die chinesische Konjunktur nur langsam wieder an Fahrt gewinnt. Mit 4,1 bzw. 4,9 Prozent wird das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren Zuwachsraten verzeichnen, die noch deutlich unter den im längerfristigen Vergleich bereits niedrigen Werten liegen, die vor der Corona-Krise verzeichnet wurden. Die Verbraucherpreise in China steigen im Prognosezeitraum nur moderat, auch weil die Energiepreise auf Verbraucherseite – in stärkerem Maße als anderswo – staatlich reguliert sind.

Omikron könnte die weltwirtschaftliche Erholung stark bremsen. Ein großer Unsicherheitsfaktor für die Prognose bleibt die Entwicklung der Pandemie. Mit dem Auftreten der Omikron-Variante, die besonders ansteckend ist und gegen die die verfügbaren Impfstoffe offenbar weniger wirksam sind, hat sich das Risiko neuerlicher Konjunktureinbrüche durch Infektionsschutzmaßnahmen und Verhaltensanpassungen deutlich erhöht. Auch wenn es nicht zu einer weltweiten Rückkehr in den Lockdown kommt, könnten Normalisierungsschritte wie die Öffnung der Landesgrenzen für den Tourismus und die Wiederaufnahme von Geschäftsreisen zurückgenommen oder weiter in die Zukunft verschoben werden. Dabei besteht die Gefahr, dass die wirtschaftlichen Strukturen in den besonders betroffenen Dienstleistungsbereichen im Zuge immer neuer Geschäftseinbrüche auch längerfristig Schaden nehmen, zumal die fiskalischen Kapazitäten, um wirksam gegenzusteuern, in manchen Ländern möglicherweise bereits ausgereizt sind.

Die Straffung der Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften birgt Risiken für die Erholung in den Schwellenländern. Die Konjunktur in den Schwellenländern litt zuletzt vor allem unter den Auswirkungen der Pandemie. Die finanziellen Rahmenbedingungen waren indes zumeist weiter günstig. Auch hohe Rohstoffpreise sind für viele Schwellenländer ein stimulierender Faktor. So erwarten wir für die kommenden beiden Jahre eine recht kräftige Erholung der Konjunktur in dieser Ländergruppe (Tabelle 8.3 im Anhang). Allerdings hat die Aussicht auf eine anstehende Straffung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten die Wechselkurse der meisten Länder unter Druck gesetzt. Viele Notenbanken haben inzwischen ihre Zinsen erhöht, zum Teil deutlich, um Kapital-

abflüsse zu vermeiden und den aus der Abwertung resultierenden Inflationsdruck zu begrenzen. Im Zuge von Zinsanhebungen der US-Notenbank könnten sich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Schwellenländer weiter verengen und eine konjunkturell unangemessen restriktive Geldpolitik notwendig werden, um den Außenwert zu stabilisieren und eine Situation zu vermeiden, wie sie gerade in der Türkei beobachtet werden kann, wo sich der Außenwert der Währung im freien Fall befindet.

Kasten 1:

Zur Verlangsamung der Konjunktur in China

Die Expansion der chinesischen Wirtschaft ist im dritten Quartal 2021 fast zum Stillstand gekommen. Die Produktion legte gegenüber dem Vorquartal lediglich um 0,2 Prozent zu, im Vorjahresvergleich betrug der Zuwachs 4,9 Prozent. Dies war nicht nur erheblich weniger als in den beiden Vorquartalen, deren hohe Zuwachsraten von 18,3 Prozent bzw. 7,9 Prozent allerdings wesentlich auf den Basiseffekt des Corona-bedingten Einbruchs der Produktion im ersten Halbjahr 2020 zurückzuführen waren, sondern liegt auch unter jenem Wachstumstempo, das vor der Krise verzeichnet wurde. Maßgeblich für die Schwäche im dritten Quartal waren zum einen Faktoren, die voraussichtlich temporärer Natur sind, insbesondere eine Krise in der Energieversorgung, produktionsbeschränkende Maßnahmen im Zuge der strikten No-Covid-Politik und globale Lieferkettenprobleme. Zum anderen weisen die finanziellen Schwierigkeiten im Immobiliensektor auf Probleme hin, die die Konjunktur in China noch längere Zeit belasten dürften.

Corona-Pandemie

Die chinesische Regierung verfolgt weiterhin eine No-Covid-Strategie und setzt bei Ausbrüchen auf strenge lokale Restriktionen zur Bekämpfung des Virus. Einreisen nach China sind nach wie vor nur mit Sondererlaubnis und anschließender Quarantäne möglich. Die Anzahl an internationalen Flugverbindungen liegt derzeit bei nur 2,2 Prozent der internationalen Verbindungen von 2019. Lokale Corona-Ausbrüche haben in der Vergangenheit immer wieder zu weitreichenden Abriegelungen und auch zu Produktionsbeschränkungen bis hin zur Stilllegung ganzer Betriebe geführt. Eine Änderung der Strategie ist bislang nicht absehbar und Corona-Maßnahmen werden daher auch weiterhin die chinesische Wirtschaft und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen beeinflussen.

Energiekrise

In China kam es seit März zu Engpässen in der Elektrizitätsversorgung. In vielen Regionen wurde Strom rationiert oder zeitweise abgeschaltet, wovon nicht zuletzt das Produzierende Gewerbe betroffen war. Die Probleme rührten daher, dass die Energienachfrage infolge der wirtschaftlichen Erholung zunahm, während gleichzeitig die Stromproduktion reduziert wurde – eine Folge von Mangel an Kohle und Chinas zentral gesteuerter Energiepolitik.

Kohle ist der wichtigste Energieträger in der chinesischen Stromversorgung; 2020 wurden daraus knapp zwei Drittel der Elektrizität gewonnen. Die Gründe für den Mangel an verfügbarer Kohle im laufenden Jahr sind vielfältig. Die heimische Produktion wurde durch Überschwemmungen in wichtigen Abbauregionen und Stilllegungen von Minen aufgrund schlechter Umwelt- und Arbeitsbedingungen beeinträchtigt. Internationale Importe wurden durch ein von der Regierung verordnetes Importverbot australischer Kohle behindert. Hinter den Problemen in der Energieversorgung stehen aber auch strukturelle Ursachen. Die Strompreise in China sind staatlich gedeckelt. Der aufgrund des knappen Angebots stark gestiegene Preis für Kohle (Abbildung K1-1) konnte daher nicht an die Verbraucher weitergegeben werden, so dass Betreiber von Kohlekraftwerken vielerorts nur mit Verlust produzieren konnten und die Produktion entsprechend reduzierten. Gleichzeitig stellte der gedeckelte Strompreis für Abnehmer auch keinen Anreiz dar, den Verbrauch zu reduzieren und die Versorgungssituation nachfrageseitig zu entlasten

Hinzu kommt, dass China anstrebt, die CO2-Emissionen langfristig zu reduzieren. Dies hat dazu beigetragen, dass die Kohleabbaukapazitäten in der jüngeren Vergangenheit weniger rasch gestiegen sind als zuvor. Darüber hinaus haben die einzelnen Provinzen von der Zentralregierung Emissionsvorgaben erhalten, die dazu führten, dass die Produktion in besonders energieintensiven Betrieben in einigen Regionen zeitweise eingeschränkt oder ausgesetzt wurde, um Emissionen zu reduzieren und die Vorgaben einzuhalten. Betroffen waren etwa die Stahl-, Aluminium-, Glas- oder Zementindustrien.

Abbildung K1-1

Preisentwicklung für Kohle in China

Tagesdaten. Letzter Wert: 13. Dez. 2021.

Quelle: National Bureau of Statistics of China via Refinitiv.

Reform des Strommarktes

Mitte Oktober kündigte die chinesische National Development and Reform Commission (NDRC), das oberste Wirtschaftsplanungs-Gremium des Landes, umfassende Maßnahmen zur Behebung der Energiekrise an. Auf kurze Sicht bietet die Reform Anreize für Kohlekraftwerksbetreiber, die Produktion zu erhöhen, während langfristig die Abhängigkeit von Kohle reduziert werden soll.

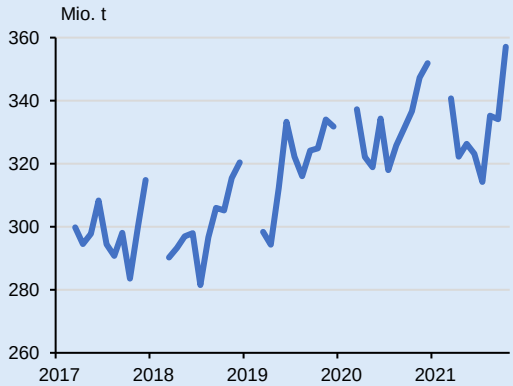
Kurzfristig soll die Versorgungssituation dadurch verbessert werden, dass sowohl die Kohleförderung im Inland als auch die Einfuhren ausgeweitet werden. Gleichzeitig werden die Anreize zur Stromproduktion durch eine Flexibilisierung des Strommarktes verbessert. Abnehmer müssen den Strom zukünftig am Strommarkt zu Marktpreisen einkaufen, die in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage steigen und fallen können. Der Strompreis für gewerbliche und industrielle Abnehmer wird zwar auch weiterhin zentral bestimmt, kann zukünftig aber um bis zu 20 Prozent statt bisher 10 Prozent vom vorgegebenen Preis abweichen. Für besonders energieintensive gewerbliche und industrielle Abnehmer entfällt die Preisvorgabe vollständig. Hierdurch wird den Kraftwerksbetreibern die Möglichkeit gegeben, höhere Produktionskosten an die Abnehmer weiterzureichen und somit ein Anreiz geschaffen, die Auslastung der Kohlekraftwerke wieder zu erhöhen. Private Haushalte und landwirtschaftliche Betriebe sind von dieser Regelung ausgenommen und können unverändert Elektrizität zu einem regulierten Preis beziehen (Lantau Group 2021).

Um die Kohleförderung kurzfristig auszuweiten, wurden Genehmigungen zur Inbetriebnahme von 153 stillgelegten Minen mit einer Kapazität von jährlich 220 Millionen Tonnen erteilt (reichlich 5 Prozent der Produktion im Jahr 2020). Darüber hinaus wurden beschleunigte Genehmigungsverfahren für die Erweiterung von 38 bestehenden Minen beschlossen (China Daily, 2021). Diese Maßnahmen zeigen bereits deutlich Wirkung: Im Oktober wurde die Kohleproduktion in China erheblich ausgeweitet und stieg im Vergleich zum September um knapp 7 Prozent auf 357 Millionen Tonnen. Kohleimporte, die allerdings nur einen Bruchteil der inländischen Produktion ausmachen, zeigten zuletzt ebenfalls einen deutlichen Aufwärtstrend. Darüber hinaus deckelte die NDRC den einheimischen Kohlpreis bei 1200 Yuan pro Tonne (Reuters, 2021). An den Terminbörsen ging der Kohlepreis inzwischen stark zurück, und auch die Weltmarktnotierungen gaben im Vergleich zu den Mitte Oktober erreichten Höchstständen deutlich nach. Der Preis der am Zhengzhou Commodity Exchange gehandelten Kohle-Futures lag zuletzt mit 989 Yuan (137 Euro, Stand: 10.12.2021) je Tonne 57 Prozent unter dem Rekordpreis vom 19 Oktober 2021 (2301 Yuan, 310 Euro).

Für 2022 wird die NDRC für die heimische Kohle voraussichtlich einen Referenzpreis von 700 Yuan vorgegeben, mit einer erlaubten Preisspanne von 550 bis 850 Yuan. Gleichzeitig werden nationale Kohleproduzenten dazu angehalten, langfristige Liefervereinbarungen mit Kraftwerksbetreibern abzuschließen, die wiederum ihren Kohlebedarf weitgehend durch diese langfristigen Lieferkontrakte abdecken sollen. Kohleimporte sind von dieser Verpflichtung ausgenommen (Reuters, 2021a).

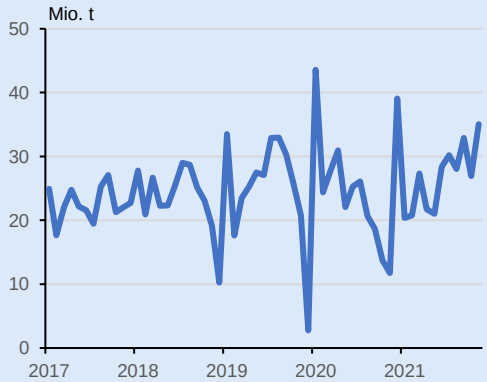
Abbildung K1-2

Kohleproduktion und Kohleimport in China



Nationale Kohleproduktion: Monatsdaten. Letzer Wert: Oktober 2021. Offizielle Statistik enthällt keine Aufteilung zwischen Daten für Januar und Februar (Neujahrsfest).

Quelle: National Bureau of Statistics of China, CEIC data.



Kohleimporte: Monatsdaten, Volumen. Letzter Wert: Novemeber 2021.

Quelle: National Bureau of Statistics of China, CEIC Data.

Auf längere Sicht ist es zudem bedeutsam, dass Kohlekraftwerke zukünftig nicht mehr über garantierte Stromabnahmemengen verfügen und dazu verpflichtet werden, ihre Produktion auf dem Strommarkt anzubieten. Kohlekraftwerke verlieren hierdurch ihre Einspeiseprivilegien und müssen fortan in den Wettbewerb mit anderen Energielieferanten treten. Die Anreize, die in der Vergangenheit zu einem rapiden Ausbau an Kohlekraftwerkskapazitäten geführt haben, werden hierdurch reduziert und insbesondere ältere,

weniger effiziente Kohlekraftwerke könnten durch diese Veränderung vom Markt verdrängt werden, wenn ausreichend erneuerbare Energie zur Verfügung steht.

Das Risiko von Versorgungsengpässen bleibt jedoch vorerst bestehen, insbesondere wenn der Winter ungewöhnlich kalt werden sollte, wie derzeit prognostiziert wird. Die Versorgung von Haushalten mit Strom und Fernwärme wird auch weiter priorisiert werden, so dass Energieengpässe die Produktion von industriellen und gewerblichen Abnehmern auch in den kommenden Monaten beeinträchtigen könnten. Insbesondere die Versorgung der energieintensiven Industrien kann noch nicht als gesichert gelten.

Immobiliensektor

Auch zunehmende Nervosität am Immobilienmarkt trägt zu der konjunkturellen Verlangsamung in China bei. Evergrande, ein mit 300 Mrd. US-Dollar verschuldeter Immobilienentwickler, ist mit einer akuten Liquiditätsschwäche konfrontiert. Seit September konnte das Unternehmen mehrere Zinszahlungsfristen für seine in US-Dollar denominierten Anleihen nicht einhalten. Ein Zahlungsausfall wurde zunächst durch die Begleichung der Außenstände innerhalb der gesetzlichen Nachfristen abgewendet, aber Mitte Dezember geriet das Unternehmen erneut mit Zinszahlungen in Höhe von 82,5 Million US-Dollar in Verzug und wurde daraufhin von der Ratingagentur Fitch auf „restricted default“ herabgestuft. Dabei ist Evergrande kein Einzelfall, auch andere chinesische Immobilienkonzerne, wie beispielsweise Kaisa Group oder Fantasia Holding, hatten Probleme, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der Immobiliensektor repräsentiert gut ein Viertel des chinesischen Bruttoinlandsprodukts und war in der Vergangenheit der wichtigste Wachstumstreiber für die chinesische Wirtschaft (Rogoff und Yang, 2021, Euler Hermes, 2021). Das rapide Wachstum des Immobiliensektors und die hohen Verschuldungsgrade der Immobilienkonzerne haben die chinesische Regierung dazu bewegt, im August 2020 Maßnahmen in Form der so genannten „three red lines“ – Schwellenwerte für drei Finanzkennzahlen (Verschuldung zu Bilanzsumme, Nettoverschuldung zu Eigenkapital und Barbestand zu kurzfristigen Verbindlichkeiten) – einzuführen, um den Verschuldungsgrad der Unternehmen zu begrenzen. Darüber hinaus wurde Anfang 2021 eine Obergrenze für Immobilienkredite für Kreditinstitute eingeführt, welche die Finanzierungsmöglichkeiten für Immobilienkonzerne weiter einschränkte.

Die Änderungen in der Regulierung und die durch die Evergrande-Krise verursachten Unsicherheiten haben sich bereits erkennbar auf den Immobilienmarkt ausgewirkt. Verkäufe neuer Immobilien lagen im Oktober 23 Prozent unter dem Vorjahreswert, Bauaufträge gingen im Vergleich zum Vorjahr um 13,5 Prozent zurück, und neue Aufträge für Wohnprojekte fielen im Oktober im Vergleich zum Vorjahr um 33 Prozent (Reuters, 2021b). Auch der Ankauf von Grundstücken durch Immobilienkonzerne ist stark gesunken und Grundstücke wurden vermehrt von staatlichen Unternehmen angekauft. Die Immobilienpreise gehen zum ersten Mal seit 2015 zurück.

Einfluss auf die Konjunktur

Die genannten Belastungsfaktoren haben die chinesische Wirtschaft im Jahr 2021 deutlich gebremst. Während die Probleme in der Energieversorgung und die resultierenden Einschränkungen der Produktion zunächst einmal überwunden zu sein scheinen, werden Corona-Maßnahmen und die Konsolidierung des Immobiliensektors auch über 2021 hinaus die wirtschaftliche Aktivität in Chinas belasten. Ein Festhalten an der No-Covid-Politik könnte angesichts der deutlich ansteckenderen Omikron-Variante – eine erste Infektion mit diesem Virus-Typ wurde bereits gemeldet – sogar zu deutlich schärferen Einschränkungen führen als im vergangenen Jahr. Für die Prognose haben wir unterstellt, dass der konjunkturelle Einfluss der Pandemie ab 2023 nachlässt, weil es gelingt, die gesundheitlichen Folgen einer Ausbreitung des Virus durch Impfprogramme soweit zu reduzieren, dass die restriktive Corona-Politik gelockert werden kann. Die Korrektur im Immobiliensektor dürfte hingegen über den gesamten Prognosezeitraum bremsen und trägt maßgeblich dazu bei, dass die vor der Krise erreichte Expansionsrate der chinesischen Wirtschaft auch 2023 nicht wieder erreicht wird. Ein Einbruch am Immobilienmarkt bildet ein Risiko für die Prognose und würde wohl auch die Konjunktur in der übrigen Welt spürbar dämpfen (Deutsche Bundesbank 2021).

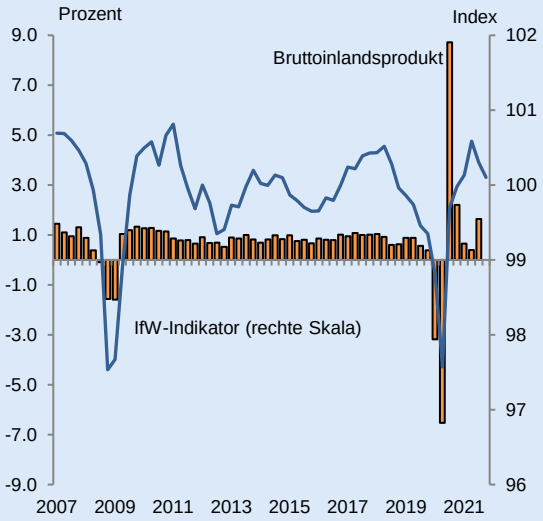
Datenanhang

INHALT

1. Weltkonjunktur 17
2. Vereinigte Staaten 18
3. Japan 19
4. Euroraum 20
5. Vereinigtes Königreich 21
6. China 22
7. Übrige Schwellenländer 23
8. Tabellenanhang 24
Literatur 26

1. Weltkonjunktur

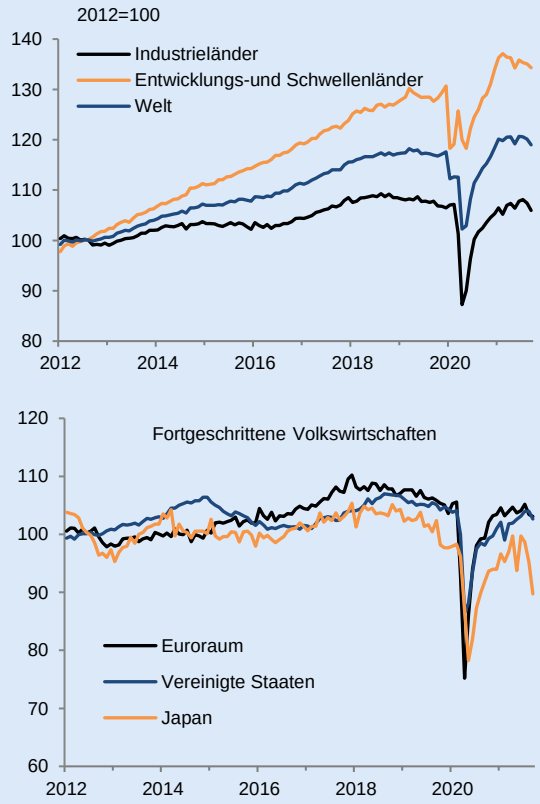
Abbildung 1.1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator be-rechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlands-produkt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

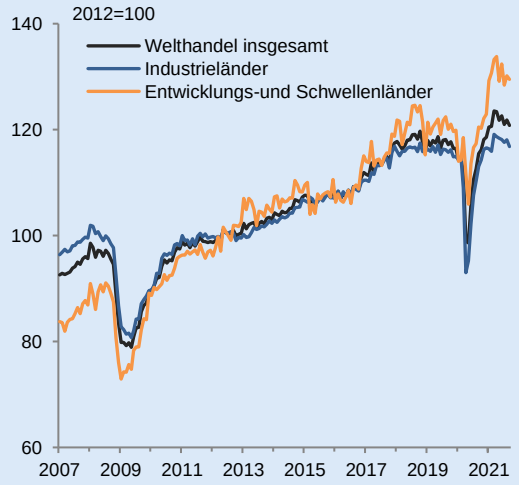
Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt. Letzter Wert: Sept. 2021.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Welthandel

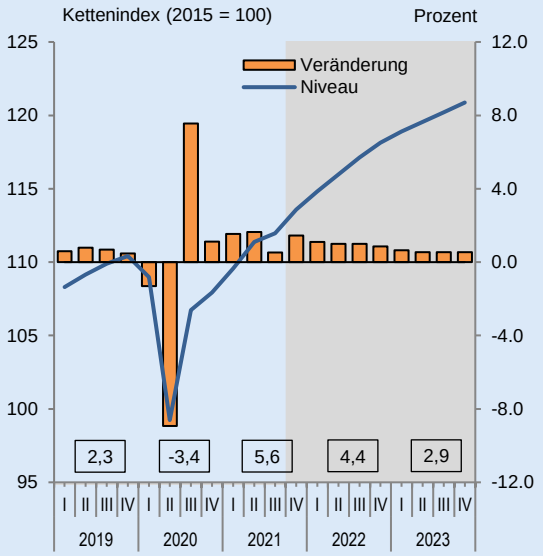


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

2. Vereinigte Staaten

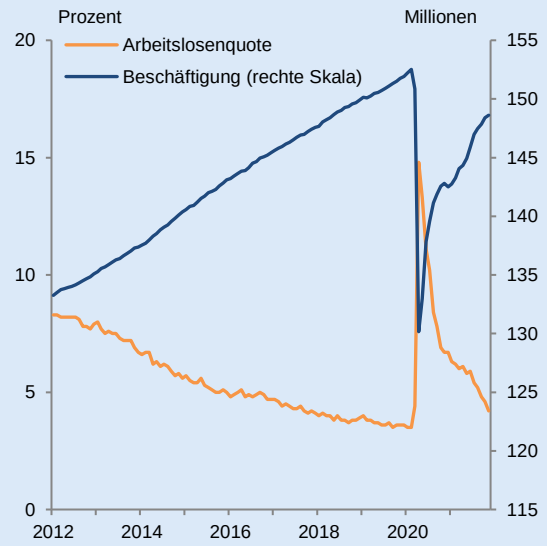
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

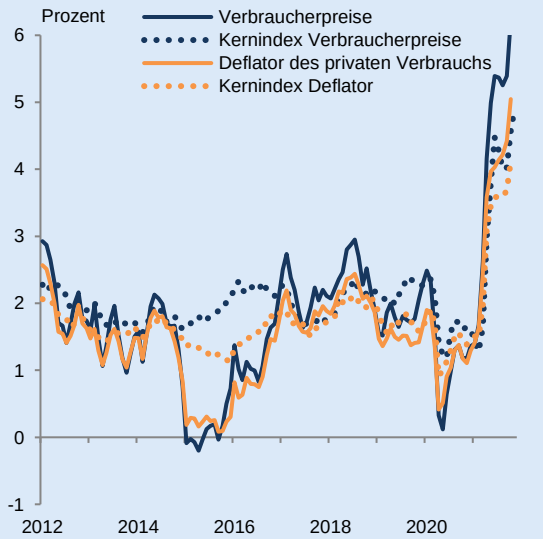
Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, *Consumer Price Index*.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten

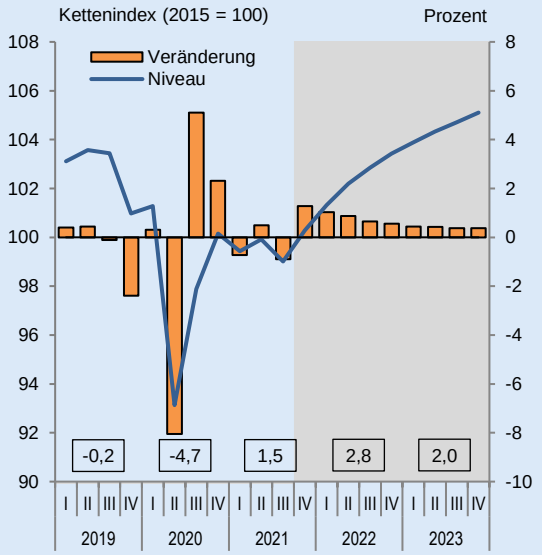
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,6	4,4	2,9
Inländische Verwendung	-3,0	6,7	4,0	2,7
Private Konsumausgaben	-3,8	8,0	4,0	2,9
Staatsausgaben	2,5	0,7	2,7	2,4
Anlageinvestitionen	-2,7	7,9	3,0	4,2
Ausrüstungen	-8,3	13,3	3,6	3,8
Geistige Eigentumsrechte	2,8	10,0	5,4	3,8
Gewerbliche Bauten	-12,5	-7,4	2,8	7,3
Wohnungsbau	6,8	9,1	-0,2	3,6
Vorratsveränderungen	-0,5	0,0	0,5	-0,4
Außenbeitrag	-0,4	-1,2	0,3	0,2
Exporte	-13,6	4,0	9,1	6,2
Importe	-8,9	13,2	5,4	3,9
Verbraucherpreise	1,2	4,7	5,0	2,4
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	3,8	3,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,5	-3,2	-2,6	-2,4
Budgetsaldo (Bund)	-14,8	-14,0	-6,0	-5,1

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, *National Economic Accounts;* US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index;* US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Japan

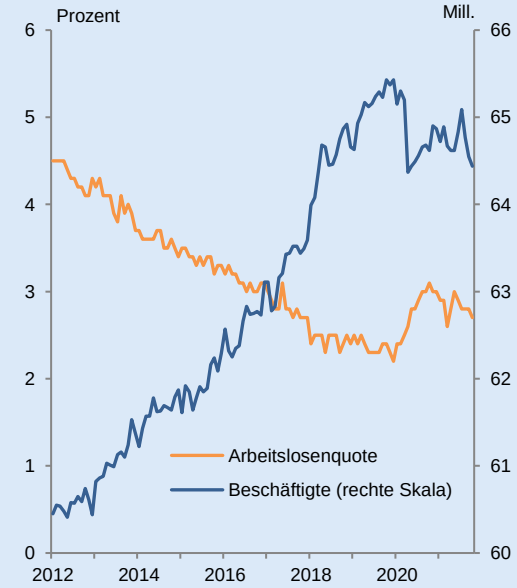
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts;* grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

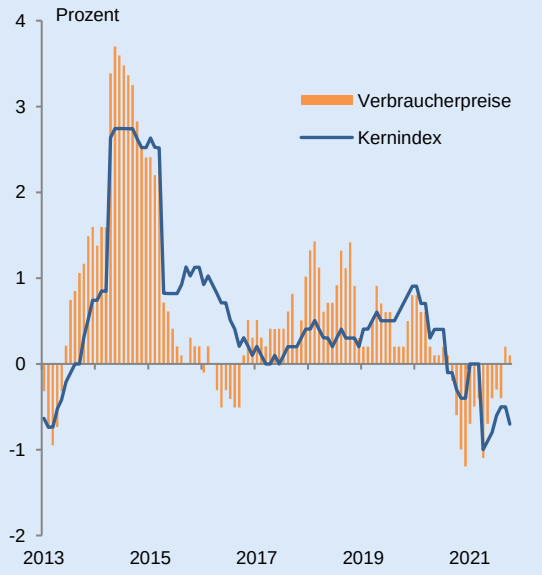
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan

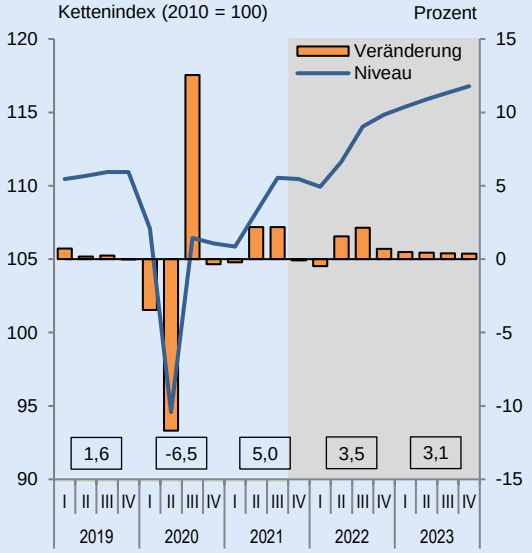
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	1,5	2,8	2,0
Inländische Verwendung	-3,7	0,7	2,9	1,9
Private Konsumausgaben	-6,0	1,3	2,9	2,0
Konsumausgaben des Staates	2,7	1,9	1,0	0,3
Anlageinvestitionen	-0,5	-4,7	4,0	3,1
Unternehmensinvestitionen	-6,7	0,1	5,0	3,7
Wohnungsbau	-7,8	-1,3	2,7	2,3
Öffentliche Investitionen	3,7	-1,0	1,9	1,6
Lagerinvestitionen	-0,1	-0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,6	0,7	0,0	0,1
Exporte	-11,8	11,2	3,6	3,0
Importe	-7,3	6,1	4,1	2,3
Verbraucherpreise	0,0	-0,2	1,0	0,4
Arbeitslosenquote	2,8	2,8	2,5	2,4
Leistungsbilanzsaldo	2,9	3,1	2,6	2,8
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-9,5	-6,5	-6,5	-4,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts;* OECD, *Main Economic Indicators;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

4. Euroraum

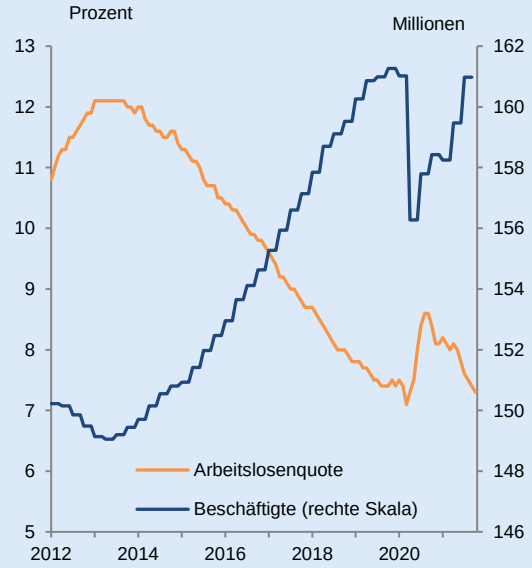
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechungen. grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

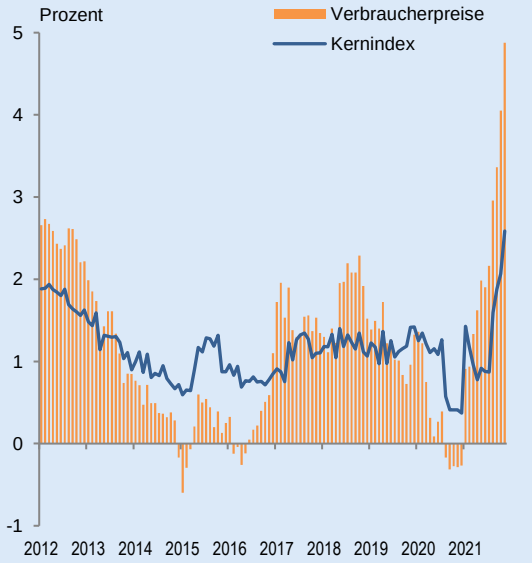
Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, *Arbeitsmarktstatistik*; EZB, *Monatsbericht*.

Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: ohne Energie und unverarbeitete Nahrungs-mittel.

Quelle: Eurostat, *Preisstatistik*.

Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum

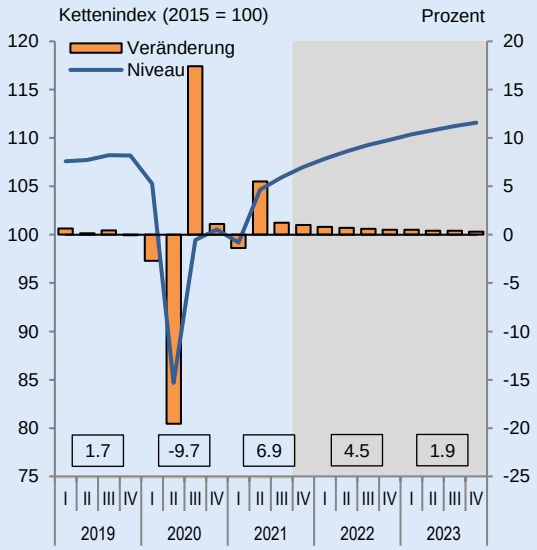
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-6,5	5,0	3,5	3,1
Inländische Verwendung	-6,4	3,8	3,4	3,1
Private Konsumausgaben	-8,0	3,3	4,5	3,7
Konsumausgaben des Staates	1,3	3,8	1,5	0,8
Anlageinvestitionen	-7,3	3,5	3,3	4,1
Vorratsveränderungen	-0,6	0,3	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,4	1,3	0,2	0,1
Exporte	-9,4	9,5	4,3	5,0
Importe	-9,3	7,1	4,2	5,2
Verbraucherpreise	0,3	2,5	2,8	1,9
Arbeitslosenquote	7,8	7,6	6,9	6,5
Leistungsbilanzsaldo	1,9	2,4	2,1	2,2
Budgetsaldo	-7,2	-7,0	-4,5	-3,3

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Vereinigtes Königreich

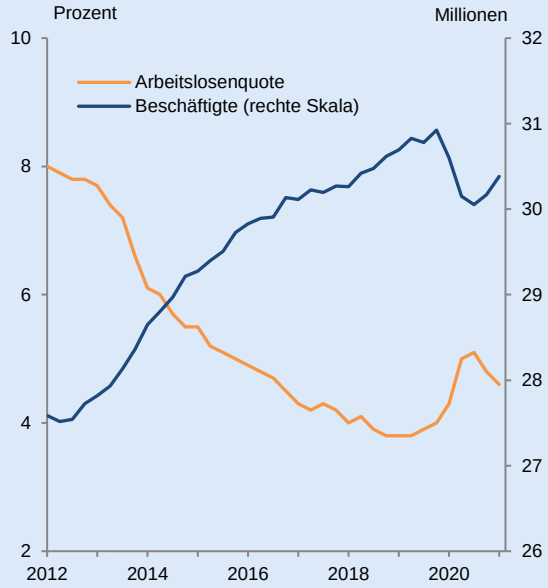
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

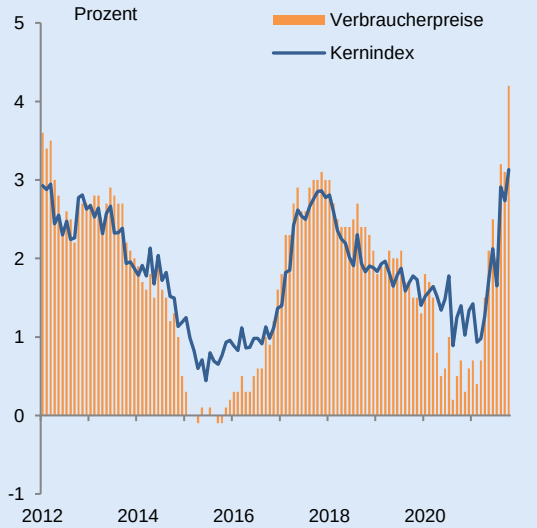
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich

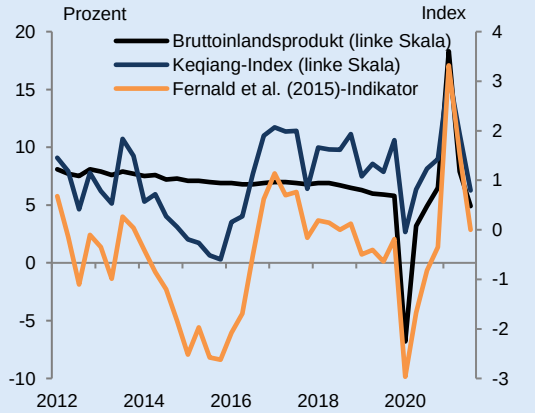
	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-9,8	6,9	4,5	1,9
Inländische Verwendung	-10,4	6,6	5,3	4,0
Private Konsumausgaben	-10,9	4,0	7,2	3,0
Konsumausgaben des Staates	-6,3	16,0	3,5	0,8
Anlageinvestitionen	-9,2	4,9	4,5	3,0
Vorratsveränderungen	-0,5	1,4	0,2	-0,1
Außenbeitrag	0,8	-1,0	-0,9	-0,3
Exporte	-14,7	-2,2	5,0	3,7
Importe	-16,8	1,6	7,5	4,4
Verbraucherpreise	0,9	2,4	4,1	2,5
Arbeitslosenquote	4,5	4,5	4,3	4,2
Leistungsbilanzsaldo	-2,6	-2,9	-3,5	-4,0
Budgetsaldo	-12,9	-9,0	-5,3	-4,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy;* grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. China

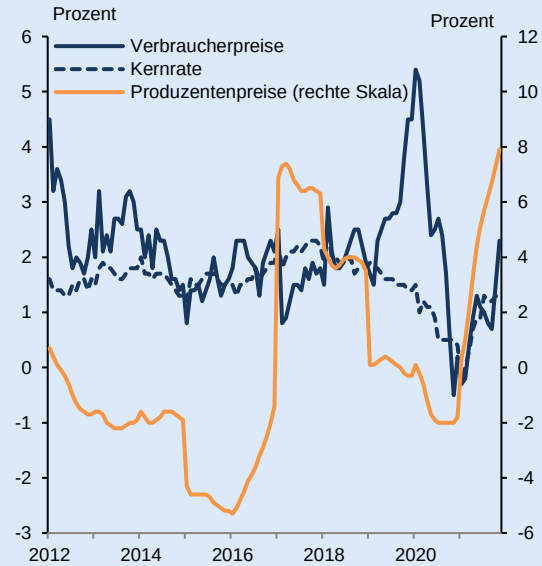
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt und alternative Aktivitätsmaße



Quartalsdaten. Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Kreditwachstums, der Frachtkargoraten sowie des Stromverbrauchs. Fernald et al. (2015)-Indikator: erste Hauptkomponente der Vor-jahresraten der Stromerzeugung, Einzelhandelsumsätze, Schie-nenfrachtverkehrs und Rohmateralpreise (zur Auswahl der Variablen, vergleiche Fernald et al. (2015). *Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data.* Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2015-12).

Quelle: National Bureau of Statistics, People's Bank of China; Berechnungen des IfW Kiel.

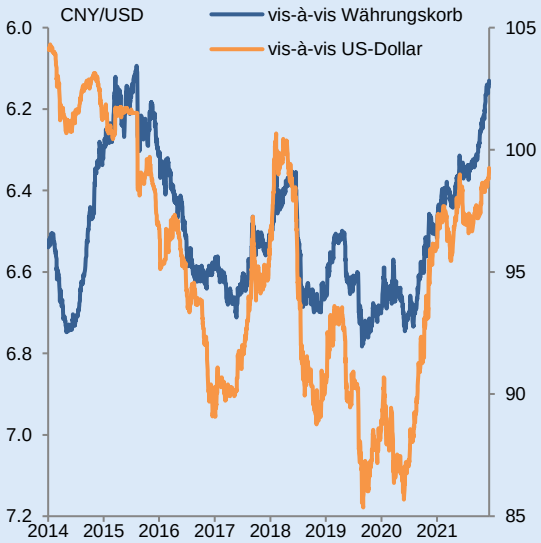
Abbildung 6.2:
Preisentwicklung



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

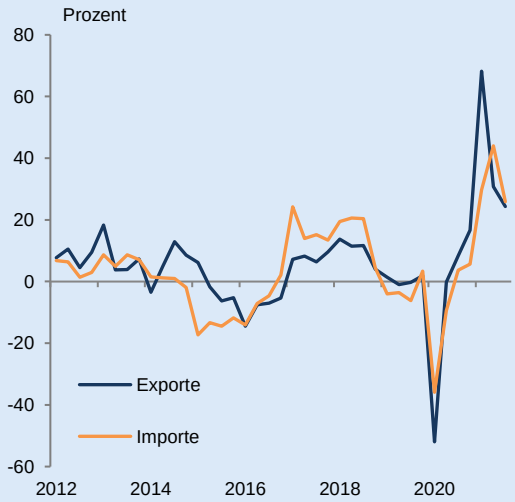
Abbildung 6.3:
Wechselkurse



Tagesdaten.

Quelle: Refinitiv Workspace; China Foreign Exchange Trade System; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 6.4:
Außenhandel

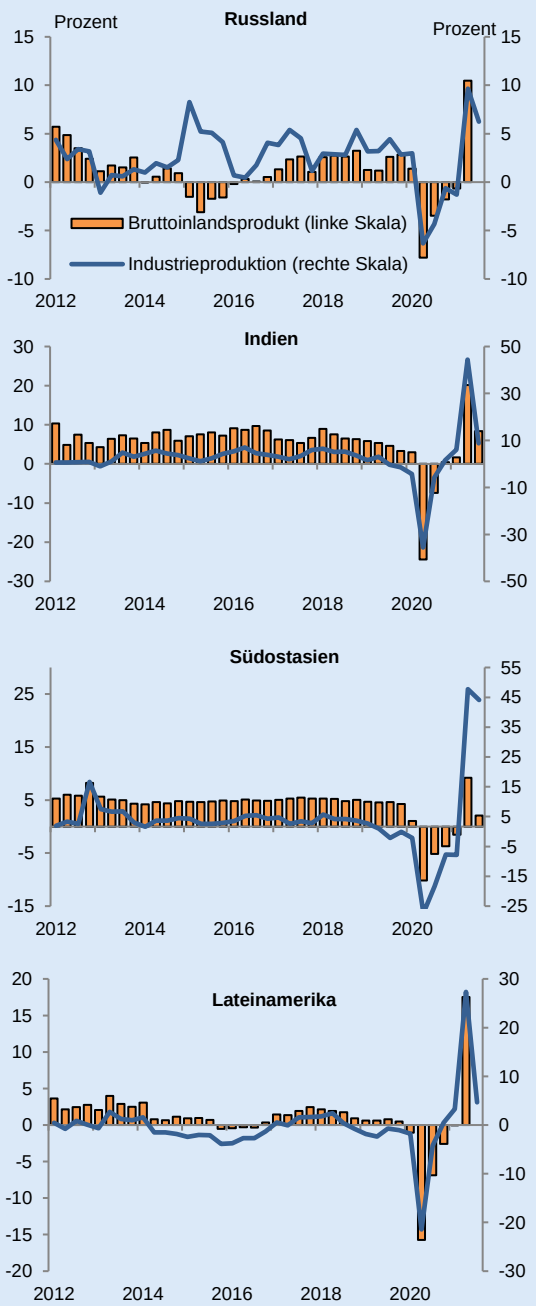


Veränderung gegenüber dem Vorjahr auf Basis von Quartalsdurchschnitten. Letzter Wert: 2021Q3

Quelle: Chinesische Zollverwaltung.

7. Übrige Schwellenländer

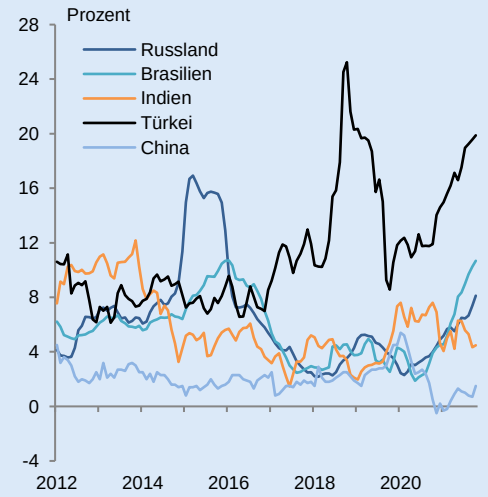
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion



Quartalsdaten: preisbereinigt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: gewichterer Durchschnitt für Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; Berechnungen des IfW Kiel.

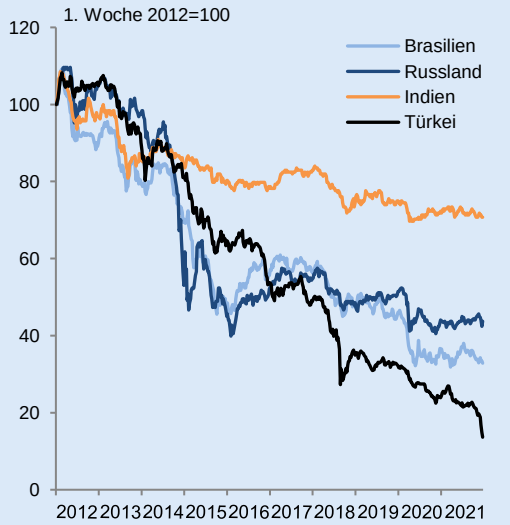
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasiliani-sches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse



Wochendaten.

Quelle: Refinitiv Workspace.

8. Tabellenanhang

Tabelle 8.1:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU–Ländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Deutschland	25,3	-4,9	2,6	4,0	3,5	0,4	3,2	3,1	2,0	3,8	3,5	3,1	3,0
Frankreich	17,3	-8,0	6,6	2,9	2,9	0,5	2,1	2,4	1,8	8,0	7,9	7,5	7,2
Italien	12,4	-9,0	6,2	3,2	2,6	-0,1	2,0	2,4	1,9	9,3	9,6	9,0	8,5
Spanien	8,4	-10,8	4,2	5,1	4,2	-0,3	2,9	3,0	1,8	15,5	15,0	13,6	12,4
Niederlande	6,0	-3,8	4,2	2,3	2,1	1,1	2,7	3,0	2,0	3,8	3,2	2,8	2,7
Belgien	3,4	-5,7	5,9	2,4	2,2	0,4	3,0	3,0	2,0	5,5	6,3	5,4	4,8
Österreich	2,8	-6,8	4,7	3,1	2,3	1,4	2,8	2,8	2,1	6,0	6,2	4,9	4,4
Irland	2,8	5,8	14,9	4,1	3,8	-0,5	2,3	2,8	1,8	5,9	6,3	4,9	4,2
Finnland	1,8	-2,9	3,5	1,9	2,0	0,4	2,1	2,4	1,8	7,7	7,6	6,7	6,4
Portugal	1,5	-8,4	4,3	5,6	3,1	-0,1	1,0	2,5	1,7	7,1	6,6	6,1	5,9
Griechenland	1,2	-8,8	9,2	3,9	3,4	-1,3	0,4	2,8	1,8	16,4	14,8	12,7	11,8
Slowakei	0,7	-4,4	2,8	2,2	3,7	2,0	2,8	3,4	2,4	6,7	6,7	5,7	5,3
Luxemburg	0,5	-1,8	7,0	1,4	2,4	0,0	3,5	3,0	1,8	6,7	5,7	5,2	5,1
Slowenien	0,4	-4,8	6,7	3,1	3,3	-0,3	2,1	3,4	2,5	5,0	4,9	4,4	4,0
Litauen	0,4	0,0	4,7	2,3	3,7	1,1	4,3	4,2	2,4	8,5	7,0	6,2	6,0
Lettland	0,2	-3,6	4,2	3,2	3,8	0,1	3,1	4,4	3,0	8,1	7,4	6,3	6,0
Estland	0,2	-2,6	7,5	2,4	3,6	-0,6	4,0	4,8	2,8	6,8	6,2	5,0	4,5
Zypern	0,2	-5,2	5,2	3,3	3,1	-1,1	2,2	2,9	1,8	7,6	7,6	6,0	5,0
Malta	0,1	-8,1	7,2	4,3	4,4	0,8	0,8	1,8	1,5	4,4	3,6	3,0	2,9
Schweden	3,5	-3,1	4,7	4,3	2,8	0,7	2,5	2,8	2,0	8,3	8,8	7,4	6,6
Polen	3,7	-2,5	5,3	4,2	3,8	3,6	5,1	5,7	3,9	3,2	3,5	3,0	2,8
Dänemark	2,3	-2,1	3,7	3,6	2,8	0,3	1,9	2,4	1,7	5,7	5,2	4,5	4,3
Tschechien	1,6	-5,8	2,9	3,5	3,4	3,3	3,4	4,0	3,1	2,6	2,9	2,1	1,9
Rumänien	1,5	-3,7	5,8	3,0	4,5	2,3	4,1	5,2	3,7	5,0	5,4	4,3	3,9
Ungarn	1,0	-4,9	6,1	3,7	4,5	3,4	5,1	5,7	4,3	4,1	4,1	3,5	3,3
Bulgarien	0,4	-4,3	1,5	2,8	4,3	1,2	2,8	4,0	2,5	5,2	5,5	4,3	3,9
Kroatien	0,4	-7,8	10,5	3,9	3,8	0,1	2,6	3,0	2,1	7,8	7,6	6,1	5,4
Europäische Union	100,0	-6,0	5,0	3,5	3,2	0,7	2,8	3,1	2,2	7,5	7,4	6,6	6,2
Nachrichtlich:													
Europäische Union 11	89,2	-6,2	5,0	3,6	3,1	0,3	2,5	2,7	1,9	8,4	8,3	7,5	7,0
Beitrittsländer	9,2	-4,5	5,9	4,1	4,6	2,7	4,2	5,0	3,5	4,4	4,6	3,8	3,5
Euroraum	85,5	-6,4	5,0	3,5	3,1	0,3	2,5	2,8	1,9	7,8	7,6	6,9	6,5
Euroraum ohne Deutschland	60,2	-7,0	6,0	3,3	2,9	0,2	2,3	2,7	1,9	9,2	9,1	8,2	7,7

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2020. — Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO–Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020. — Beitrittsländer seit 2004. * Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden; außerdem bezieht sich die ILO-Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europäische Union	36,0	-6,0	5,0	3,5	3,2	0,7	2,8	3,1	2,2	7,5	7,4	6,6	6,2
Euroraum	29,2	-6,4	5,0	3,5	3,1	0,3	2,5	2,8	1,9	7,8	7,6	6,9	6,5
Schweden	1,0	-3,1	4,7	4,3	2,8	0,7	2,5	2,8	2,0	8,3	8,8	7,4	6,6
Polen	2,3	-2,5	5,3	4,2	3,8	3,6	5,1	5,7	3,9	3,2	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	5,6	-9,7	6,9	4,5	1,9	0,9	2,4	4,1	2,5	4,5	4,5	4,3	4,2
Schweiz	1,1	-2,5	3,6	3,1	1,7	-0,7	0,6	1,0	1,0	4,8	5,1	4,8	4,6
Norwegen	0,6	-0,8	4,0	3,7	1,6	1,3	3,0	1,8	1,8	4,4	4,9	4,6	4,4
Vereinigte Staaten	37,3	-3,4	5,6	4,4	2,9	1,2	4,7	5,0	2,4	8,1	5,4	3,8	3,5
Kanada	3,4	-5,3	4,6	3,6	2,8	0,7	3,4	3,1	2,5	9,5	7,6	6,5	6,2
Japan	9,6	-4,7	1,5	2,8	2,0	0,0	-0,2	1,0	0,4	2,8	2,8	2,5	2,4
Südkorea	4,0	-0,9	3,9	3,6	3,3	0,5	2,5	2,2	1,8	4,0	3,6	3,2	3,0
Australien	2,3	-2,4	4,2	3,4	3,1	0,9	2,8	2,7	2,3	6,5	5,1	4,7	4,3
Aufgeführte Länder	100,0	-4,9	5,1	4,0	3,0	0,9	3,3	3,8	2,2	6,7	5,8	4,9	4,6

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020.

Quelle: Eurostat, *VGR;* OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Indonesien	5,7	-2,1	3,3	6,4	6,4	2,0	1,6	2,5	2,4
Thailand	2,3	-6,2	1,2	5,7	6,2	-0,8	1,5	2,8	1,8
Malaysia	1,6	-5,7	2,3	3,8	5,9	-1,1	2,5	3,0	2,4
Philippinen	1,7	-9,3	4,7	7,6	7,2	2,6	4,4	4,1	3,2
Insgesamt	11,3	-4,5	2,9	6,1	6,4	1,1	2,1	2,9	2,4
China	39,7	2,3	7,8	4,1	4,9	2,5	1,0	2,3	2,3
Indien	16,3	-7,0	7,6	11,7	7,9	6,6	5,2	4,9	4,2
Asien insgesamt	67,2	-1,1	6,9	6,3	5,9	3,3	2,2	3,0	2,8
Brasilien	5,5	-4,2	5,0	2,5	3,0	3,2	8,1	6,1	3,6
Mexiko	4,5	-8,4	5,5	3,4	3,1	3,4	5,7	5,9	4,0
Argentinien	1,8	-9,9	6,7	2,6	3,1	45,0	48,0	50,0	38,0
Kolumbien	1,3	-6,8	9,4	5,3	3,4	2,5	3,5	4,1	3,3
Venezuela	0,3	-31,0	10,0	10,0	5,0	-	-	-	-
Chile	0,8	-6,0	11,7	5,6	3,1	3,0	4,5	5,0	3,8
Peru	0,8	-11,0	13,6	4,2	4,0	1,8	4,1	4,7	3,2
Lateinamerika insgesamt	15,0	-6,8	6,6	3,3	3,1	8,1	11,3	11,0	7,8
Ägypten	2,1	3,6	3,4	5,0	4,6	5,7	5,5	5,0	4,5
Nigeria	1,8	-1,8	2,5	3,3	3,0	13,2	17,0	15,0	12,0
Südafrika	1,3	-6,4	5,0	3,0	4,4	3,3	4,6	4,5	4,0
Algerien	0,9	-4,9	3,7	3,0	2,5	2,4	5,2	6,0	6,0
Äthiopien	0,4	6,1	2,0	-3,0	7,0	20,4	24,0	25,0	15,0
Afrika Insgesamt	6,5	-0,9	3,4	3,3	4,0	7,9	9,8	9,2	7,4
Russland	7,1	-2,4	3,7	3,1	2,5	2,6	5,9	4,9	4,7
Türkei	4,2	1,8	10,2	4,9	4,9	12,3	18,5	22,5	20,0
Aufgeführte Länder	100,0	-1,9	6,5	5,4	5,1	4,6	5,0	5,6	4,7

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nach Kaufkraftparitäten. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr . — Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Literatur

Beckmann, J., K.-J. Gern, und N. Jannsen (2021). Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor. Wirtschaftsdienst (101): 915–916

China Daily (2021). Amid govt measures, coal output rising to meet energy shortfalls. Via Internet (9. November 2021): https://www.chinadaily.com.cn/a/202110/20/WS616f6c5ea310cdd39bc6ff98.html

Deutsche Bundesbank (2021). Monatsbericht. November.

Lantau Group (2021). China watching brief: 2021 Measures to Accelerate and Deepen Power Sector Reforms Announced in China. Via Internet (9. November 2021): https://www.lantaugroup.com/publications/display/Measures-to-Accelerate-and-Deepen-Power-Sector-Reforms-Announced--in-China

OECD (2021). Economic Outlook. Dezember. Paris.

Reuters (2021). China sets target coal price in bid to ease power crunch. Via Internet (20 November 2021): Reuters (2021) https://cn.reuters.com/article/china-coal-ndrc-idCNL1N2RO02K

Reuters (2021a). China sets 2022 annual thermal coal prices at 700 yuan/t. Via Internet (10 December 2021): https://www.reuters.com/markets/commodities/china-sets-2022-annual-thermal-coal-prices-700-yuant-media-2021-12-03/

Reuters (2021b). China property hit by rare convergence of demand, supply declines. Via Internet (20 November 2021): https://www.reuters.com/world/china/chinas-new-home-prices-oct-fell-by-most-since-february-2015-2021-11-15

Rogoff, K, and Yang, Y. 2021. “Has China’s Housing Production Peaked?” China and the World Economy 21 (1): 1-31.